

Widerspruch und Ordnung: Auszug aus Band 2 der aktuellen Leitbegriffe der Sozialen Arbeit

Lutz, Tilman

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Lutz, T. (2014). Widerspruch und Ordnung: Auszug aus Band 2 der aktuellen Leitbegriffe der Sozialen Arbeit. *Widersprüche : Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich*, 34(131), 111-123. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-49801-1>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Tilman Lutz

Widerspruch und Ordnung

Auszug aus Band 2 der aktuellen Leitbegriffe
der Sozialen Arbeit

Aus: Bakic, Josef/Diebäcker, Marc/Hammer, Elisabeth (Hg.) 2013:
Aktuelle Leitbegriffe der Sozialen Arbeit: Ein kritisches Handbuch 2.
Wien: Löcker Verlag

Anstelle einer Rezension machen wir als Redaktion der Widersprüche mit dem Abdruck eines Beitrags auf das im Oktober 2013 erschienene kritische Handbuch zu aktuellen Leitbegriffen der Sozialen Arbeit aufmerksam. Dieser vom Verein Kritische Sozialarbeit in Österreich herausgegebene Band versammelt Analysen zentraler Begriffe der Sozialen Arbeit, „die gegenwärtig als hegemoniale Schlüsselbegriffe zwischen öffentlichem Diskurs und Fachdiskurs ausgemacht werden können und so Effekte auf die Praxis Sozialer Arbeit entfalten“ (Klappentext). In dem Handbuch werden – wie im ersten Band (2008), der im Herbst 2013 ebenfalls neu aufgelegt wurde – jeweils zwei in und für die derzeitigen Diskurse relevanten Leitbegriffe als Spannungsfeld kritisch aufgegriffen, eingeordnet und diskutiert. Der im Folgenden abgedruckte Beitrag steht exemplarisch für die dort kritisch verhandelten Begriffe und Spannungsfelder, etwa: *Demokratie und Alltag* (Ellen Bareis), *Klasse und Glück* (Holger Ziegler), *Inklusion und Queer* (Gundula Ludwig).

Wir danken dem Löcker Verlag und den Herausgeber_innen, Josef Bakic, Marc Diebäcker und Elisabeth Hammer für die Genehmigung des Abdrucks, der unseres Erachtens einen besseren Einblick in das Handbuch bietet als eine klassische Rezension.

Widerspruch und Ordnung

„Soziale Arbeit hat (ähnlich wie Justiz, Bildungswesen, Sozialpolitik etc.) die Funktion, gesellschaftliche Ordnung zu gewährleisten. Die Form dieser Regulierungen besteht in der Sozialen Arbeit – kurz gesagt – darin, soziale Problemlagen als ‘psychosoziale Probleme’ individueller Akteure zu bearbeiten“ (Bitzan 2011: 506). Die pädagogische respektive pädagogisierende Bearbeitung von sozial bzw. ökonomisch produzierten und definierten Ausschließungen stellt die zentrale Quelle des Widerspruchs der Sozialen Arbeit dar. Als personenbezogene Wohlfahrtsproduktion wird der Sozialen Arbeit die gesellschaftliche Funktion zugewiesen, das jeweilige gesellschaftliche und wirtschaftliche – konkret das kapitalistische – System zu stabilisieren. Die Erfüllung dieser Ordnungsfunktion setzt jedoch nicht an den herrschenden Normen und Erwartungen oder an der ungleichen Verteilung von Ressourcen, Status, Einkommen o.ä. an, die Teil der zu stabilisierenden Ordnung sind, sondern an den Individuen. Soziale Problemlagen werden, wie Bitzan (ebd.) formuliert, als psychosoziale Problemlagen (re)definiert. Auf der analytischen Kritik dieses (hier nur knapp dargelegten) Widerspruchs gründen zum einen die Distanz der Sozialen Arbeit zu der ihr zugewiesenen Aufgabe und Funktion sowie zum anderen die Widersprüche und Spannungsfelder (in) der Sozialen Arbeit, an der sich Profession und Disziplin seit Jahrzehnten abarbeiten: Hilfe & Kontrolle; Hilfe & Herrschaft; Ausschließung & Teilhabe; „Grenzziehung und -sicherung [...]“ & „Grenzverschiebung oder gar -überschreitung“ (Kessl/Maurer 2009: 92); disziplinierende Zurichtung & parteiliche Anerkennung des Eigensinns ihrer Adressat_innen. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen, und die Begriffspaare zeigen schon semantisch, dass weder die Widersprüche und erst recht nicht die ordnungspolitische Funktion als Leitbegriffe taugen, auf die sich Disziplin und Profession gerne und positiv beziehen.

Dennoch sind Ordnung und Widerspruch konstitutiv für die Soziale Arbeit: als Normalisierungs- und Kontrollinstanz dient sie der Herstellung und Aufrechterhaltung der jeweiligen gesellschaftlichen Ordnung, indem sie die *durch die* und *in der* jeweiligen Ordnung produzierten und definierten Probleme, Konflikte bzw. Widersprüche auf ihre Weise bearbeitet – an und mit den Individuen. Die ordnungspolitische Funktion Sozialer Arbeit als (Teil-)Antwort auf die Soziale Frage ist spätestens seit ihrer Akademisierung ein zentraler Konflikt. Die mit dem Zusammenspiel von Ordnung(sherstellung) und Widerspruch(sbearbeitung) verbundenen eigenen Ansprüche werden – ebenso wie die an Soziale Arbeit herangetragenen Ansprüche – „oft pauschal als Widerspruch von Hilfe und Kontrolle

zusammengezogen [...] zu einer Art sozialpädagogischen ‘Hauptwiderspruchs’“ (Hörster 2011: 1476).

‘Widerspruch’ und ‘Ordnung’ erscheinen in Fachlexika (bspw. Deutscher Verein 2011) und prominenten Handbüchern (bspw. Otto/Thiersch 2011; Thole 2011) der Sozialen Arbeit weder als eigenständige Einträge noch als Teil der Hauptüberschriften. In den Beiträgen selbst werden sie dagegen – mehr oder weniger tief unter der Oberfläche, zum Teil durchaus zentral und zumeist kritisch bis ablehnend konnotiert – verhandelt¹. Bildlich gesprochen sind ‘Widerspruch’ und ‘Ordnung’ subkutane Leitbegriffe, die als konstitutive und zugleich unbehagliche Bezugspunkte bearbeitet werden – gerne auch unter anderen Etiketten: Normierung, Normalisierung, Anpassung, Integration, Ambivalenz usw.

Ohne diesen Bezug analytisch überstrapazieren zu wollen, lässt sich diese Verlagerung unter die Oberfläche im Kontext gesellschaftlicher und sozialpolitischer Veränderungsprozesse lesen. Dasselbe gilt für die teilweise verschleiern den begrifflichen Ausdifferenzierungen der Widersprüche und Spannungsfelder (in) der Sozialen Arbeit. Denn die Art und Weise der Bearbeitung und die konkreten Ausfüllungen der Ordnungsfunktion sind ebenso wie die herzustellenden gesellschaftlichen Ordnungen und Normen seit jeher Veränderungen unterworfen – und damit auch die konkreten Widersprüche *für die* und *in der* Sozialen Arbeit (vgl. bspw. Gil 2006; Kunstreich 1996, 1997).

In der derzeitigen Transformation des Sozialen bzw. der Sozialpolitik treten sowohl in hegemonialen als auch in kritischen Debatten zur Profession deren ordnungspolitische Funktion und der so genannte Hauptwiderspruch zwischen Hilfe und Kontrolle wieder an die Oberfläche. Die berechtigte Diagnose der zunehmenden Indienstnahme Sozialer Arbeit „als Kontroll- und Sanktionsprofession“ (Grüner/Trummer 2012: 93; vgl. Dollinger/Schmidt-Semisch 2011) wird dabei einerseits begleitet von der Idee einer Neuausrichtung Sozialer Arbeit im Kontext der Ökonomisierung, die den ‘Hauptwiderspruch’ auflösen soll. Andererseits nehmen auch öffentlich Kritik und Widerstand gegen die „Zumutungen ordnungspolitischer Problemlösungen“² sowie die Ökonomisierung des Sozialen und der Sozialen Arbeit zu – u.a. in den neu gegründeten Arbeitskreisen Kritischer Sozialer Arbeit. Diese Bewegungen und die entsprechenden Analysen sind

1 Daher beziehe ich mich hier bewusst auf Beiträge aus dem „Grundriss“ (Thole 2011) sowie dem „Handbuch“ (Otto/Thiersch 2011), ohne damit eine systematische Analyse dieser Werke vorzunehmen oder zu behaupten.

2 <http://www.kritischesozialearbeit.de> [Stand: 01.03.2013]

jedoch keinesfalls einig. Zum Teil wird dabei die ordnungspolitische Funktion der Sozialen Arbeit verschleiert.

Daher erscheint die Auseinandersetzung mit den beiden ungeliebten Leitbegriffen derzeit mehr als notwendig. Auf Basis einer historischen Skizze werden zunächst die derzeitige Ordnung, ihre Sozialpolitik sowie die Widersprüche in ihrer Bedeutung für die Soziale Arbeit umrissen. Anschließend folgt eine bewusst kritische Kommentierung der expliziten und impliziten Versuche, die ordnungspolitische Funktion bzw. die Widersprüche zu überwinden oder zu verschleiern.

Ordnung und Widerspruch im Wandel – eine Skizze

Historisch tritt die Ordnungsfunktion der Sozialen Arbeit unverblümt und eindeutig hervor. Bis in das 20. Jahrhundert hinein dominierten polizei- und ordnungsrechtlich verfasste Zugänge die (Armen)Fürsorge, in deren Mittelpunkt „die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der Schutz der nichtarmen Bevölkerung vor den Folgen der Armut“ (Hanesch 2011: 67) standen. Die „disziplinierende Ausgestaltung und ein persönliches Einwirken als *Einheit* von Hilfe *und* Kontrolle, Erziehung *und* Repression“ (Hammerschmidt/Sagebiel 2011: 13, Herv. TL) waren selbstverständlich. Das zeigt sich nicht zuletzt in der (sozial)pädagogisch bis in die 1960er vorherrschenden Prämisse 'Zucht und Ordnung'. Von einem 'Hauptwiderspruch' war nicht die Rede.

Dieser wurde im Kontext der spätestens in den frühen 1970ern dominierenden Kritik an der Ordnungsfunktion der Sozialen Arbeit prominent, die durch ihren eigenen Anspruch, primär helfender Beruf zu sein, verdeckt werde. Neben der Entdeckung des bis heute überaus relevanten 'doppelten Mandats' (vgl. Böhnisch/Lösch 1973, Bettinger 2008) wurde Soziale Arbeit primär als kontrollierende und herrschaftssichernde Instanz analysiert, die die harte, strafrechtliche um eine sanfte Kontrolle ergänzte (vgl. Bommers/Scherr 2000: 41). Nicht nur radikale Analysen bezogen sich auf den „Grundwiderspruch von Arbeit und Kapital [der] den sozialpolitischen – und, angeführt von Paul Natorp (1894, 1899), den sozialpädagogischen – Diskurs zentral prägte und die Problematik sozialer Desintegration entsprechend im Focus der 'Sozialen Frage'“ (Böhnisch 2011: 221) bündelte. Soziale Arbeit im Kapitalismus wurde als „Agent und Repräsentant des herrschenden Staates“ (Hollstein 1973: 39) identifiziert, die „sowohl für die materielle wie für die ideologische Reproduktion des bestehenden Systems“ (ebd.) zuständig ist: für die Aufrechterhaltung der herrschende Ordnung und Normen.

Diese Eindeutigkeit in den (kritischen) Analysen, die den Widerspruch ins Zentrum stellte, ist mit dem Wandel von Gesellschaft(en) und ihrer Ordnung(en)

brüchig geworden. Mit der Diagnose der Pluralisierung und Individualisierung in der zweiten Moderne wurde die vor allem in den 1990ern prominente These der 'Normalisierung' der Sozialen Arbeit begründet. Diese werde im sozialpädagogischen Jahrhundert „zu einer sozialen Hilfe gegenüber Identitätsbildungs- und kulturellen Verständigungsprozessen“ (Böllert 2011: 629) – und zwar für alle Bevölkerungsgruppen. Damit war die Hoffnung der Profession verbunden, sich aus ihrer ordnungspolitischen Funktion und Kontrollrolle zu befreien (vgl. kritisch: Seelmeyer/Kutscher 2011: 1024). Freilich hat der erhoffte Übergang „von der sozialdisziplinierenden Intervention zur partizipativen Dienstleistung“ (Böllert 2011) die konstitutive ordnungspolitische Funktion Sozialer Arbeit und die Widersprüche keinesfalls ab- oder aufgelöst. Die Normalisierungsthese steht jedoch exemplarisch für das Unbehagen, mit dem diese Leitbegriffe unter die Oberfläche verwiesen, verschleiert oder von emanzipatorischen, gesellschaftskritischen Ansprüchen Sozialer Arbeit abgegrenzt werden, die gerade auf dem Widerspruch und dessen Analyse gründen.

Welche Ordnung, welche Widersprüche? Soziale Arbeit im aktivierenden Staat

Mit den gesellschaftlichen, ökonomischen und sozialpolitischen Transformationsprozessen, die prominent als Neoliberalisierung und Ökonomisierung verhandelt werden, wird eine „Neuerfindung“ (Lessenich 2008) oder „Reformulierung des Sozialen“ (Lutz 2008: 3) konstatiert, mit der die Transformation der Sozialpolitik von einer versorgenden zu einer investiven und aktivierenden einhergeht. Damit werden die Bearbeitungsweisen, Aufgaben und auch die Funktion der Sozialen Arbeit vor grundlegende Herausforderungen gestellt: Dieser „geht die wohlfahrtsstaatliche Orientierung an universellen Integrationsmustern [bzw. Ordnungsvorstellungen, TL] zunehmend verlustig. Gleichzeitig verspricht ihr ein Rollenwechsel hin zur staatlichen Aktivierungsinstanz eine höhere Einflussnahme als je zuvor“ (Kessl 2005: 224f).

Die aktuellen Debatten um die Neujustierung(en) der Sozialen Arbeit stehen im Kontext eines gesamtgesellschaftlichen Ordnungs- und Strukturwandels, eines „Paradigmenwechsel zur Gestaltung sozialstaatlicher Sicherung“ (Stelzer-Orthofer 2008: 11). Dieser lässt sich verkürzt als individualisierender und ökonomisierender Vergesellschaftungsmodus beschreiben, der auf marktförmige Konkurrenzen abzielt – auch im Sozialen. Im Kern gehören dazu die Ablösung von den Wertbegründungen des sozialen Ausgleichs und Friedens für alle durch die Verpflichtung der Einzelnen zur Mobilisierung ihrer Eigenverantwortung sowie die Dominanz gesamtgesellschaftlicher Kosten-Nutzenrechnung in der Sozial-

politik. Die versorgenden, statusorientierten Programmatiken des fordistischen Wohlfahrtsstaates werden durch Aktivierungs- und Lebensführungspolitiken verdrängt, die den Kriterien des Marktes untergeordnet werden – Ökonomisierung und Rekommodifizierung. Die damit einhergehende Gewichtsverlagerung von ‘passivierenden’, monetären Transferleistungen (Geld) zu personenbezogenen, ‘aktivierenden’ Dienstleistungen (Pädagogik und Verhaltensveränderung) wertet die Soziale Arbeit als Regulations- und Ordnungsinstanz systematisch auf, die sowohl eher investive, freiwillige Angebote vorhält als auch fordernd und direkt aktiviert, nötigenfalls mit deutlichem Druck und handfestem Zwang.

Das Modell der Selbst- oder Arbeitskraftunternehmer_innen (vgl. Bröckling 2007) löst sowohl das Modell – und damit die Norm und Ordnungsvorstellung – des männlichen Lohnarbeiters und Familienernähers ab als auch das – real nie eingelöste, für den fordistischen Wohlfahrtsstaat und die Soziale Arbeit jedoch konstitutive – Integrationsversprechen. Das Modell der Selbstunternehmer_innen ist mit der Ordnungsvorstellung selbstorgender Bürger_innen verbunden, die ihr Leben aktiv und eigenverantwortlich managen. Mit der ‘richtigen’, d.h. rationalen und ökonomisch produktiven Lebensführung handeln sie zugleich ‘sozial’. Das bedeutet, es gibt auch eine ‘falsche’ Lebensführung. Diese besteht in mangelnder Selbstsorge und (Eigen-)Aktivität und ist nicht nur irrational und unökonomisch, sondern auch unmoralisch (vgl. Lessenich 2008: 83) – und damit (sozial)pädagogisch und sozialarbeiterisch zu bearbeiten: an den und mit den individuellen Akteuren.

Die mit dieser moralischen Ökonomie verbundene Ordnung wird in kulturalistischen und individualisierenden Erklärungen sozialer Ungleichheiten³ sowie den darin immanenten Schuldzuweisungen besonders augenfällig. Dies verändert nicht nur sozialarbeiterische Interventionen und deren Rahmenbedingungen, sondern legitimiert Zwang, Kontrolle, Sanktionen und Ausschlüsse. Die „Grenzziehung“ (Kessler/Maurer 2009) bzw. Organisation des Verbindungspro-

3 Allen voran die u.a. von Nolte vertretene These der ‘Kultur der Armut’ (vgl. kritisch Klein et al. 2005), in der die Bedeutung sozio-ökonomischer Ursachen für problematische Lebensverhältnisse und Armut verabschiedet und durch die moralische Verurteilung der Armen selbst ersetzt wird. Die Fokussierung von materialistischen Aspekten und das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital soll keinesfalls die Relevanz und Existenz von anderen gesellschaftlichen Verhältnissen, die Widersprüche erzeugen, negieren. Der in diesem Rahmen notwendigen Reduktion von Komplexität wären neben Geschlechterverhältnissen in jedem Fall (Ausschluss-)Kategorien und Spannungsfelder wie Ethnie/Herkunft, Körper, Alter usw. hinzuzufügen, die miteinander verwoben sind.

zesses „zwischen Inklusion und Exklusion, die Klassifikation“ (Cremer-Schäfer/Steinert 1998: 62) als zentrale ordnungspolitische Aufgabe der Sozialen Arbeit seit der Armenfürsorge wird mit neuen Prämissen ausgestattet und remoralisiert: Es geht um die Unterscheidung zwischen den ökonomisch erfolgreichen, verwertbaren und verwertungswilligen ‘Anständigen’ und den Nicht-Leistungsträger_innen, den ‘moralisch Unzuverlässigen’ und/oder ‘Unwilligen’. Neben dem Primat der ökonomischen Verwertbarkeit oder Employability reflektiert diese Ordnung die „Umkehrung der sozialpolitischen ‘Schuldverhältnisse’“ (Lessenich 2008: 119). Zugespitzt formuliert: Wer nicht für sich selbst sorgt, indem er oder sie sich gesund ernährt, nicht raucht, sich markadäquat (permanent) qualifiziert usw., ist nicht nur selber schuld an der eigenen Misere, sondern macht sich auch sozial, an der Gesellschaft, schuldig.

Zugleich operieren die aktivierenden Lebensführungspolitiken mit progressivem Vokabular: Empowerment, Partizipation, Selbstbestimmung usw. Diese Begriffe schließen an berechtigte Kritiken an der normierenden Normalisierung im fürsorglich-belagernden fordistischen Wohlfahrtsstaat an. Dieser war weder frei von sozial und ökonomisch produzierten Ungleichheiten und Ausschließungen noch von repressiven Maßnahmen. Vielmehr waren diese zum Teil Elemente des Integrationsversprechens (etwa die Rolle der (Haus)Frau und die daraus resultierende Abhängigkeit), das keinesfalls rückwärtsgewandt überhöht werden darf. Auch programmatisch dominieren im aktivierenden Staat vordergründig (vgl. kritisch Dollinger 2011: 990) auf Autonomie gründende Formen der Verhaltenssteuerung – Angebote und Anreize sowie die Anrufung der Subjekte.

Aktivierung und Ökonomisierung als Chance zur Überwindung der Widersprüche?

Daran knüpft die Idee der Neuausrichtung Sozialer Arbeit im Kontext der Ökonomisierung an, mit der ihr ‘Hauptwiderspruch’ überwunden bzw. aufgelöst werden soll. Die Ökonomisierung des Sozialen wird – pointiert und prominent formuliert von Ronald Lutz (2008)⁴ – als Chance gesehen, die Soziale Arbeit neu zu entwerfen. Es entspreche sowohl „dem Bild vom Menschen der Moderne, wenn dem gestaltungsfähigen Subjekt mehr Autonomie, Eigenverantwortung

4 Dieser Text wird hier nicht nur ins Zentrum gestellt, weil er diese ökonomisierende Neujustierung der Sozialen Arbeit besonders deutlich markiert, sondern auch, weil er nicht selten als Beleg für die Kritik an dieser Neujustierung herangezogen wird – ohne dies explizit herzugeben.

und ökonomisches Handeln zugemutet bzw. abverlangt wird“ (ebd.: 4) als auch der ‘eigentlichen Aufgabe’ Sozialer Arbeit: Die „neue Autonomie der Subjekte zu fördern, dazu beizutragen, dass die Menschen ihr Leben selbst und in eigener Verantwortung gestalten können“ (ebd.: 7). Eine solche, auch von anderen (bspw. Bertelsmann et al 2002) vertretene, Neudefinition der Sozialen Arbeit verabschiedet ausdrücklich bisher konstitutive Ansprüche: so müsse das doppelte Mandat mit seinem immanenten Widerspruch von Ordnungsherstellung und Eigensinn der Adressat_innen ebenso überwunden werden wie Ideen von Parteilichkeit. Auch Konzepte wie Soziale Ungleichheit oder soziale Gerechtigkeit bedürfen demnach einer „fundamentalen Reformulierung“ (ebd.: 3). Damit würde die ordnungspolitische Funktion aufgelöst oder zumindest abgemildert. Beratung, Unterstützung und Aktivierung würden Kontrolle, Disziplinierung und Diskriminierung ablösen. „Hilfen werden zu Optionen (Wahlmöglichkeiten ohne Verpflichtung dazu) und stellen eben keine ‘fürsorgliche Belagerung’ mehr dar“ (ebd.: 7). Die Soziale Arbeit würde in diesem Neuentwurf ihrer repressiven und kontrollierenden Aufgaben entledigt. Letztere wären für die so genannte zweite Klasse der Adressat_innen reserviert, also für jene, „die nicht mehr aktivierbar zu sein scheinen“ (ebd.: 8), um die sich dann weniger Ausgebildete und/oder Ehrenamtliche ‘kümmern’ sollen. Diese „Bruchstelle einer modernen Sozialarbeit“ (ebd.) wird offenbar billigend in Kauf genommen – primär aufgrund und angesichts der Chance, mit den ‘First-Class-Adressat_innen’ jenseits und befreit von ordnungspolitischer Zumutungen und den darin eingelagerten Widersprüchen arbeiten zu können. Das „hässliche Gesicht“ (Lessenich 2008: 116) des aktivierenden Staates würde so aus dem Zuständigkeitsbereich der Sozialen Arbeit ausgelagert.

Ordnungspolitische und repressive Wende – Kritik und deren Widersprüche

In der kritischen Auseinandersetzung mit den Herausforderungen der gesellschaftlichen und sozialpolitischen Umbrüche wird das eben skizzierte Modell zu Recht in Frage gestellt. Denn dieses ignoriert die zentrale, zunehmend repressiv ausgestaltete Ordnungsfunktion Sozialer Arbeit. Gerade in dem Modell einer „Zwei-Klassen-Sozialarbeit“ (Lutz 2008: 8) sind Grenzziehungen und Kategorisierungen notwendig, für die die Soziale Arbeit selbstredend zuständig ist. Die Auslagerung – und eben nicht die Verabschiedung – der repressiv-kontrollierenden Ordnungsfunktion bleibt damit zwingend an der Oberfläche. Dies stellt im Kern eine elaboriert verschleierte Rückkehr zu den Ursprüngen der Fürsorge dar und verdeckt die Widersprüche lediglich: „Ein Arrangement

mit den gesellschaftlichen Widersprüchen läuft auf eine Zurichtung der KlientInnen hinaus. Wenn sie schon nicht (mehr) in die Strukturen passen, müssen sie dementsprechend verändert werden“ (Grüner/Trummer 2012: 94) – oder sie werden fallen gelassen und ausgeschlossen.

So berechtigt und begründet die Kritik an den mit Ökonomisierung und Aktivierung vermachten repressiven Aufgaben, der Vermarktlichung und der Renaissance des Zwangs in der Profession wie den disziplinären Diskursen (vgl. Lutz 2013) ist, so fällt bei genauerem Blick auf die kritischen Auseinandersetzungen auf, dass auch dort die für die Profession konstitutiven Widersprüche zum Teil verschleiert werden.

Dies zeigt sich besonders in denjenigen Kritiken an der Ökonomisierung, die diese primär auf Kostensenkung und Sozialabbau reduzieren und dabei die Ordnungsfunktion der Sozialen Arbeit und deren Widersprüche zu verschleiern drohen. Damit ist einerseits eine analytische Verharmlosung der Vermarktlichung und neuen moralischen Ökonomie sowie ihrer Bedeutung für die Soziale Arbeit verbunden. Die Rede vom Sozialabbau trifft zudem empirisch nicht pauschal zu: so schwankt in der Bundesrepublik Deutschland die Sozialleistungsquote seit 1992 um 30% und ist damit höher als in den Jahrzehnten zuvor; in der Sozialen Arbeit, etwa den Erziehungshilfen, steigen sowohl Ausgaben deutlich als auch die Beschäftigtenzahlen (vgl. KomDat 1/2012). Letzteres gilt für die Soziale Arbeit insgesamt und reflektiert analytisch zunächst⁵ den skizzierten Wandel der sozialstaatlichen Programmatik: Die zunehmende Pädagogisierung und Individualisierung der Ursachen und Bearbeitungsweisen gesellschaftlich und ökonomisch produzierter Ungleichheiten und Ausschließungen – die Quelle des Widerspruchs der Profession. Der von Kessl (2005: 224f) konstatierte „Rollenwechsel hin zur staatlichen Aktivierungsinstanz“ verspricht der Sozialen Arbeit „eine höhere Einflussnahme als je zuvor“ (ebd.) – allerdings unter den neuen Handlungsprämissen einer auch mit Zwang und Repression durchzusetzenden Politik der ökonomisch-rationalen, selbstverantwortlichen und aktiven Lebensführung.

Diese ordnungspolitische Funktion und ihre zunehmend repressive Ausgestaltung wird in den kritischen Bewegungen und Argumentationslinien teilweise

5 Die fraglos berechtigte Kritik an sich verschlechternden und verdichtenden konkreten Arbeitsbedingungen in der Sozialen Arbeit, an marktförmiger Steuerung und ihren Modellen, dem Primat der Outputorientierung sowie den individuellen Kürzungen von Leistungen (materiell, infrastrukturell und pädagogisch) bleibt in dieser Perspektive auf die ordnungspolitische Funktion und die Widersprüche bewusst außen vor.

verschleiert bzw. droht, verschleiert zu werden, indem sie als 'neu' und staatlich oktroyiert definiert wird. Ein markantes Beispiel dafür liefert der Flyer des Unabhängigen Forums kritische Soziale Arbeit zum Internationalen Tag der Sozialen Arbeit am 19.03.2013⁶: „Die Aufgabe der Sozialen Arbeit ist weder für ein Funktionieren der Menschen noch für ihre Nützlichkeit im System zu sorgen! Solche Zielsetzungen lassen wir uns auch künftig nicht aufzwingen! Soziale Arbeit ist vielmehr Partnerin der Bürger/innen bei der Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit und Teilhabe!“ Dieses Bild markiert gewissermaßen prototypisch ein – fraglos kritisch motiviertes – Bild der Profession, das deren ordnungspolitischen Funktion und konstitutiven Widersprüche externalisiert. Diese Verabschiedung der professionsimmanenten Widersprüche und Konflikte, die mit dem Zusammenspiel von Ordnung(sherstellung) und Widerspruch(sbearbeitung) verknüpft sind, zeigen sich auch in anderen Stellungnahmen und Positionen, die Kosteneinsparungen in der Sozialen Arbeit als solche in den Vordergrund stellen – und nicht die zu Grunde liegenden ökonomischen und sozialen Widersprüche. Die Soziale Arbeit wird damit ebenso wie der fordistische Wohlfahrtsstaat, der (und dessen Soziale Arbeit) ja keinesfalls frei von Ungleichheit, Repression und Kontrolle waren, rückwärtsgewandt überhöht und ihre Widersprüche wegdefiniert, wenn auch in kritischer Absicht.

Ein solches (Selbst)Bild droht das (selbst)kritische und politische Potenzial, das auf dem Unbehagen über die eigene Funktion gründet, verdämmern zu lassen. Die Widersprüche basieren auf der Bearbeitung von sozial bzw. ökonomisch produzierten und definierten Ausschließungen bzw. Problemen an den Individuen, also auf der ordnungspolitischen und das jeweilige System stabilisierenden Funktion(szuweisung) der Sozialen Arbeit. Diese selbstreflexive und gesellschaftsanalytische Einsicht kennzeichnet die mit der kritischen Sozialen Arbeit notwendig verbundene Distanz zur zugewiesenen Aufgabe und Funktion. Dies wird in der Zielstellung deutlich, sich möglichst selbst überflüssig zu machen – genauer: die eigene Ordnungsfunktion in Emanzipation aufzuheben, was eine andere Transformation des Sozialen erfordert. Denn mehr Soziale Arbeit bedeutet funktional betrachtet eben nicht Befreiung oder mehr soziale Gerechtigkeit, sondern mehr Kontrolle und mehr Eingriff.

6 <http://einmischen.info/joomla2.5/images/UPLOADS/Aufruf%20Internat.%20Tag.pdf>[Stand 01.03.2013]

Verteidigen, überwinden, kritisieren zugleich

Auch wenn diese Auseinandersetzung hier kursorisch bleiben muss, unterstreichen die aktuellen Diskurse die Notwendigkeit, Ordnung und Widerspruch offensiv als Leitbegriffe der Sozialen Arbeit zu verhandeln, freilich ohne sie deshalb positiv zu konnotieren. Um der skizzierten Gefahr der Verschleierung der ordnungspolitischen Funktion – auch in kritischer Absicht – zu entgehen, gilt es gerade in der Kritischen Sozialen Arbeit, die eigene Verwobenheit mit den derzeitigen ökonomisierenden und aktivierenden Politiken explizit und selbstkritisch zu reflektieren. Als ordnungspolitische Instanz unterliegt die Soziale Arbeit fraglos Grenzen, als solche verfügt sie jedoch auch über Gestaltungsspielräume in ihren und aufgrund ihrer Widersprüche. Diese fasst beispielsweise der Verein Kritische Soziale Arbeit (KriSo), ebenfalls ein Teil der hier bewusst kritisch diskutierten Bewegungen, prägnant zusammen⁷: „Soziale Arbeit muss wieder dazu beitragen können, gesellschaftliche Widersprüche und Interessenskonflikte sowie soziale Ungleichheiten und Ausschließungsprozesse aufzudecken und das Soziale im Sinne von KlientInnen mitzugestalten“. Darüber hinaus muss Soziale Arbeit jedoch eigene Gründe haben, Gesellschaft zu verändern, es reicht nicht aus, sich diese Gründe bei ihren Adressat_innen auszuleihen. Dazu gehört die reflexive Auseinandersetzung mit der eigenen ordnungspolitischen Funktion und deren konkreter Ausfüllung sowie mit den „Widersprüchlichkeiten und Alternativen gegenwärtiger Praxis Sozialer Arbeit“. Und, so wäre zu ergänzen, der Gesellschaftsordnung.

Literatur

- Bertelsmann-Stiftung, Bundesanstalt für Arbeit, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städtetag, Deutsche Städte- und Gemeindebund (Hg.) 2002: Handbuch Beratung und Integration. Fördern und Fordern – Eingliederungsstrategien in der Beschäftigungsförderung. Gütersloh
- Bettinger, Frank 2008: Auftrag und Mandat. In: Bakic, Josef/Diebäcker, Marc/Hammer, Elisabeth (Hg.): Aktuelle Leitbegriffe der Sozialen Arbeit. Wien, 25-39
- Bitzan, Maria 2011: Genderpolitik. In: Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans (Hg.): Handbuch Soziale Arbeit. München und Basel, 499-509
- Böhnisch, Lothar 2011: Lebensbewältigung. Ein sozialpolitisch inspiriertes Paradigma für die Soziale Arbeit. In: Thole, Werner (Hg.): Grundriss Soziale Arbeit. Wiesbaden, 219-233

7 <http://kriso.at/index.php?id=23> [Stand: 18.03.2013]

- /Lösch, Hans 1973: Das Handlungsverständnis des Sozialarbeiters und seine institutionelle Determination. In: Otto, Hans-Uwe/Schneider, Siegfried (Hg.): Gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit. Band 2. Neuwied, 21-40
- Böllert, Karin 2011: Von der sozialdisziplinierenden Intervention zur partizipativen Dienstleistung. In: Thole, Werner (Hg.): Grundriss Soziale Arbeit. Wiesbaden, 625-634
- Bommes, Michael/Scherr, Albert 2000: Soziologie der Sozialen Arbeit. Eine Einführung in Formen und Funktionen organisierter Hilfe. Weinheim und München
- Bröckling, Ulrich 2007: Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform. Frankfurt/Main
- Cremer-Schäfer, Helga/Steinert, Heinz 1998: Straflust und Repression. Zur Kritik der populistischen Kriminologie. Münster
- Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (Hg.) (2011): Fachlexikon der sozialen Arbeit. Baden-Baden
- Dollinger, Bernd 2011: Ethik und Soziale Arbeit. In: Thole, Werner (Hg.): Grundriss Soziale Arbeit. Wiesbaden, 987-997
- /Schmidt-Semisch, Henning (Hg.) 2011: Gerechte Ausgrenzung? Wohlfahrtsproduktion und die neue Lust am Strafen. Wiesbaden
- Gil, David. G. 2006: Gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung. Konzepte und Strategien für Sozialarbeiter. Bielefeld
- Grüner, Peter/Trummer, Sabine 2012: Diskurse der Ausgrenzung in Österreich. In: Weiss, Alexandra (Hg.): Soziale Frage im Wandel. Wien, 87-95
- Hammerschmidt, Peter/Sagebiel, Juliane 2011: Einführung: Die Soziale Frage zu Beginn des 21. Jahrhunderts. In: Diess. (Hg.): Die Soziale Frage zu Beginn des 21. Jahrhunderts, 9-20
- Hanesch, Walter 2011: Armut und Armutspolitik. In: Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans (Hg.): Handbuch Soziale Arbeit. München und Basel, 57-70
- Hörster, Reinhard 2011: Sozialpädagogische Kasuistik. In: Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans (Hg.): Handbuch Soziale Arbeit. München und Basel, 1476-1484
- Hollstein, Walter 1973: Sozialarbeit im Kapitalismus. Themen und Probleme. In: Hollstein, Walter/Meinhold, Marianne (Hg.). Sozialarbeit unter Kapitalistischen Produktionsbedingungen. Frankfurt/Main, 9-43
- Kessl, Fabian 2005: Der Gebrauch der eigenen Kräfte. Eine Gouvernamentalität Sozialer Arbeit. Weinheim und München
- /Maurer, Susanne 2009: Die 'Sicherheit' der Oppositionsposition aufgeben. Kritische Soziale Arbeit als 'Grenzbearbeitung'. In: Kurswechsel 3/2009, 91-100
- Klein, Alexandra/Landhäußer, Sandra/Ziegler, Holger 2005: The Salient Injuries of Class. Zur Kritik der Kulturalisierung struktureller Ungleichheit. In: Widersprüche Heft 98, 45-74
- KomDat (Kommentierte Daten der Kinder- und Jugendhilfe) 1/2012. URL: <http://www.dji.de/dasdj/home/komdat201201.pdf> [Stand 01.03.2013]

- Kunstreich, Timm 1997: Grundkurs Soziale Arbeit. Sieben Blicke auf Geschichte und Gegenwart Sozialer Arbeit. Band I. Hamburg
- 1998: Grundkurs Soziale Arbeit. Sieben Blicke auf Geschichte und Gegenwart Sozialer Arbeit. Band II. Hamburg
- Lessenich, Stephan 2008: Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus. Bielefeld
- Lutz, Ronald 2008: Perspektiven der Sozialen Arbeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 12/13 2008, Wandel der Sozialen Arbeit, 3-10
- Lutz, Tilman 2013: Punitiv Sozialarbeit? Neuer Kontrolldiskurs in der Sozialen Arbeit? In: Hammerschmidt, Peter/Sagebiel, Juliane/Steindorff-Classen, Caroline (Hg.): Unheimliche Verbündete: Recht und Soziale Arbeit in Geschichte und Gegenwart. Neu Ulm, 135-154
- Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans (Hg.) 2011: Handbuch Soziale Arbeit. Grundlagen der Sozialarbeit und Sozialpädagogik. München und Basel
- Seelmeyer, Udo/Kutscher, Nadia 2011: Normalität und Normalisierung. In: Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans (Hg.): Handbuch Soziale Arbeit. München und Basel, 1022-1029
- Stelzer-Orthofer, Christine 2008: Aktivierung und soziale Kontrolle. In: Bakic, Josef/Diebäcker, Marc/Hammer, Elisabeth (Hg.): Aktuelle Leitbegriffe der Sozialen Arbeit. Wien, 11-24
- Thole, Werner (Hg.) 2011: Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch. Wiesbaden

*Tilman Lutz, Ev. Hochschule für Soziale Arbeit und Diakonie,
Horner Weg 170, 22111 Hamburg
E-Mail: Tilman_Lutz@web.de*